

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerschrift: Nachrichten Dresden.
Verlagsnummer 25 241
Nur für Nachdruck: 20011

Bezugs-Gebühr in Dresden bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich M. 32.—, außerhalb Dresdens M. 35.—, Familienanzeigen unter Wochen- und Monatspreisen, 10% Rabatt, Vorzugsplätze laut Tarif, Auswärtige Aufträge gegen Vorauszahlung, Einzelnummern M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 3.—

Verantwortung und Hauptgeschäftsstelle:
Merkelstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Meyers & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1088 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Ernste Worte des Reichskanzlers.

Widerlegung der Behauptungen Poincarés.

Berlin, 16. August. Reichskanzler Dr. Brüning erklärte heute abend vor einer Anzahl Vertretern ausländischer Botschaften über den Stand des Reparationsproblems folgendes: Die Konferenz in London sei unter Umständen zu Ende gegangen, die noch größere Unsicherheit in der europäischen Lage zurückzuführen, als vorher bestand. Vor der ersten Drohnote, der französischen Note vom 26. Juli 1922, hätte der Dollar noch auf 450 gestanden, sei nachher bis auf 800 gestiegen. Nach der zweiten Drohnote vom 5. August 1922 sei er auf fast 900, und nach dem Abbruch der Londoner Konferenz auf 1050 gestiegen.

Die Folgen des Marksturzes für Deutschland seien Vernichtung des Betriebskapitals der deutschen Industrie, Erlahmung der Produktion, weitere Verelendung breiter Volksschichten, Verschärfung des Budgetgleichgewichts, Abverkung der nötigen Lebensmittel- und Rohstoffzufuhr, Ausverkauf der Lagerbestände, Hungersnot, Verzweiflungsausbrüche der Massen und Unterhöhlung jeder Regierungsautorität. Mit der Beschuldigung, daß angeht dieser Folgen eine Regierung oder die Führer der Privatwirtschaft auf den Sturz der Mark hinarbeiten sollten, werde Poincaré seinen Wünschen trauen. Kein wahres Wort sei auch an seiner Behauptung, daß Deutschland der

Tschecho-Slowakei eine Anleihe von 4 Milliarden Mark angeboten habe. Weder von der Regierung, noch von den Banken sei ein solches Angebot gemacht worden. Die Unrichtigkeit dieser Behauptung ergebe sich aus der Kapitalknappheit Deutschlands, die in der Diskontierung durch die Reichsbank ihren Ausdruck finde. Unwahr sei, daß Deutschland Banken in Dänemark und Rumänien gegründet habe, um den Verkauf der Mark im Ausland zu erleichtern. Nur in Holland hätte sich die deutsche Finanzwelt an einigen Bankunternehmungen beteiligt, weil der Zwang vorgelegen habe, nach dem Kriege den Anschlag an die internationale Wirtschaft wieder herzustellen. Gegenüber der Behauptung Poincarés, Frankreich brauche eine Beteiligung von 60 Prozent an der deutschen chemischen Industrie, um die

Herstellung von astringen Gasen zu verhindern, weise die deutsche Regierung darauf hin, daß die durch den Friedensvertrag vorgesehene Kontrollmöglichkeit von den alliierten Mächten mehr als genügend ausgeübt würden. Poincaré wolle nur unter diesem Vorwand in die Geschäftsverfahren der deutschen Industrie eindringen und ihre Konkurrenz beseitigen. In diesem Zwecke greife er auch das sonst so heilig gepriesene Privateigentum an, dessen Nichtanerkennung man anderen Ländern als Verbrechen gegen die europäische Zivilisation anrechne. Heute sei die Mark auf ein Zweihundertfünftel ihres Friedenswertes gesunken. Dadurch seien

Ankäufe ausländischer Zahlungsmittel auf dem Devisenmarkt für Verzehrungen an die Alliierten unmöglich. Hätte London zu vernünftigen Ergebnissen und dem notwendigen Moratorium geführt, so hände der Dollar vielleicht wieder auf 400 oder 500 und das Vertrauen der Welt zu der Kreditfähigkeit Deutschlands wäre wieder teilweise hergestellt. So aber sei zunächst die internationale Anleihe zerfallen, die allein Frankreich schnell hätte Darmittel bringen können und Frankreich liehe dieses Ziel selbstverständlich immer weiter hinaus. Noch einmal habe Poincaré den Beweis erbracht, daß mit Drohungen und wirtschaftlicher Vernichtung das ganze europäische Problem nicht gelöst werden könne. Poincaré gebe es nur einen Weg, auf den Rathen in Genoa hinwies, nämlich die Freie und autwillige Verkündigung von Volk zu Volk.

Mancher von Ihnen, fuhr der Reichskanzler fort, wird Zeuge jener demütigenden Sitzung in Genoa gewesen sein, wo mein verehrter Freund, der Minister Rathenau, zu den großen weltpolitischen Fragen Stellung nahm. Die Rede wird vielleicht von der gesamten Welt erst dann richtig gewürdigt werden, wenn es für Europa zu spät ist. Selbst Herr Barthou konnte sich der allgemeinen Zustimmung damals nicht enthalten. Die Gedankengänge Rathenaus, der insbesondere das Problem der internationalen Verschuldung aufdeckte, waren derart, daß alle Völker ihm zustimmen mußten. Aber wie ist sein Ruf nach Frieden aufgenommen worden? Seit Monaten hält der französische Ministerpräsident Rede auf Rede, eine drohender und verlegender als die andere. Und die französische Politik beanagt sich nicht mit Worten, sie verhängt Retoriken, die das deutsche Volk bis in die tiefsten Tiefen erschüttern. Hunderte werden als Bettler auf die Straße getrieben, darunter Greise, die jahrelang in Elend-Verhörungen gearbeitet haben. Man kann in der Geschichte der europäischen Völker weit zurückgehen, um ähnliches zu finden. Hunderte stürzen davon, ähnliches Schicksal zu verfallen.

Das ist kein Frieden, das ist die Fortsetzung des Krieges, und zwar gegen Wehrlose.

Die Auswirkungen bringen eine Unruhe in das deutsche Volk, die nur noch überholt wird durch die allgemeine Aufregung, die der Sturz der Mark heraufbeschworen hat. Eine unheuer nervöse Unruhe hat das ganze Volk erfasst.

Ich richte an alle Kreise des deutschen Volkes die erste Mahnung, dieser Nervosität nicht nachzugeben. Der naheliegende Vergleich mit Oesterreich hilft insofern, als es dort nur ein einziges derartiges gewaltiges Zentrum der Menschenanhäufung, nämlich Wien, gibt, wie wir solche in großer Zahl haben. Und wie schwer war es dort, die staatliche Autorität aufrecht zu erhalten. Eine gleiche Entwicklung würde bei uns ganz andere politische und soziale Auswirkungen haben.

Ich kann mir ein Weiterleben des deutschen Volkes im Rahmen unserer staatlichen Ordnung bei völlig entwerteter Saluta schwer denken.

Das war die große Aufgabe des deutschen Volkes nach der Kriegskatastrophe, daß wir versucht haben, auf Grund einer neuen wahrhaft demokratischen Verfassung ein neues staat-

liches Leben aufzubauen. Indem Deutschland das vollbrachte, hat das demokratische Deutschland Europa einen geschichtlichen Dienst erwiesen, der besonders in den westlichen Demokratien nicht verkannt werden kann. Aber ich frage Sie, welche Anerkennung hat die deutsche Demokratie von außen erfahren? Gewiß, die Erkenntnis, daß das Reparationsproblem ein Weltproblem darstellt, hat besonders in der angelsächsischen Welt und in Italien große Fortschritte gemacht. Allein, wenn aus dieser Erkenntnis keine politischen Folgerungen gezogen werden, acht es, wie es Deutschland im Kriege gegangen ist: Man kommt zu spät und kann die soziale Katastrophe für Europa nicht mehr abwenden. Nicht man denn in Frankreich nicht ein, daß für jeden nüchternen Beurteiler die Tatsache steht, daß Deutschland keine Goldzulagen leisten kann? Noch einmal haben wir zehn Millionen Goldmark aufgebracht. Schon diese gehen uns ab in dem dringenden Bedarf für die Einfuhr von Getreide. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, zu sagen, daß das deutsche Volk Brot braucht für das Späthjahr und den schweren Winter. Ich verweise auch auf die

Folgen der Geldentwertung für die Durchführung der Getreidemenge. So zerbricht alles in unseren Händen, was wir politisch, staatlich und sozial geschaffen haben. Ich frage Sie, wie kann das Staatsgefühl Wurzel fassen im Herzen des Volkes, wenn der Staat nicht mehr in der Lage ist, ihm das tägliche Brot zu angemessenen Preisen zu geben? Ganze Klassen des Volkes versinken in Elend und Verzweiflung. Wir stehen vor einer großen Katastrophe der europäischen Kultur, wenn man ihre Lebensquellen versiegen läßt. Frankreich gewinnt aus seiner Politik nichts, denn es macht Deutschland nur reparationsunfähig. Auf die Unmöglichkeit der Goldleistungen muß naturgemäß die Unmöglichkeit der Sachleistungen folgen, die einem zerbrochenen Wirtschaftskörper nicht auf die Dauer entzogen werden können. Ich appelliere nicht an Ihre Sentimentalität, aber es ist etwas Gewaltiges im Staatsleben, inmitten eines Volkes zu stehen und zerrinnen zu sehen, was an politischer Arbeit aufgewandt wurde. Die Aufgabe der nächsten Politik in Deutschland ist die Sicherung der staatlichen Ordnung. In dieser staatlichen Ordnung eines 60-Millionen-Volkes ist die ganze Welt interessiert. (W. F. S.)

London, 16. Aug. „Daily Chronicle“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Berichterstatters mit dem deutschen Reichskanzler. Dr. Brüning begann mit der Erklärung: Obwohl keine übertriebenen Hoffnungen auf die Konferenz gesetzt worden seien, habe doch niemand ein solches Ergebnis erwartet. Wenn die Konferenz mit dem Siege des französischen Standpunktes abgebrochen hätte, so hätte sie, wie angenommen werden könne,

das Ende der deutschen Währung bedeutet. Das Ergebnis der Konferenz sei jedoch eine Katastrophe. Deutschland habe keinesfalls die Absicht, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Zum Nachweis dafür habe Deutschland, obgleich unter den ärmsten Schwierigkeiten, gestern die Summe von 500 000 Pfund Sterling von dem Betrage der gestern fälligen zwei Millionen bezahlt. Dr. Brüning sagte: Wir sind bereit, zu zahlen im Verhältnis zu unserer Zahlungsfähigkeit. Diese Zahlungsfähigkeit nimmt von Tag zu Tag ab. Der augenblickliche Niedrigruch der Mark bedeutet eine weitere Verminderung unserer Leistungskraft. Diese Tat politischer Gewalt erschüttert die Wirtschaftslage ganz Europas. Ueber die künftige deutsche Politik befragt, erklärte der Reichskanzler:

Während der allerersten Monate können und werden wir unsere Verpflichtungen nur soweit durchführen, wie die Sicherung der Proviantversorgung für die Existenz des Volkes dies zuläßt.

Erst Brot fürs Volk, dann Wiederherstellung! Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen.

Nur Frage des Moratoriums erklärte der Reichskanzler: Es hätte, wenn es von praktischem Werte sein sollte, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Sechs Monate wären vor kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen. Mit dem Fall der Mark aber wird das Moratorium immer weniger wertvoll. Der Reichskanzler berührte dann die Vorwürfe, die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalflucht aus Deutschland erhoben würden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei es, der Waise wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Dr. Brüning zum Schluß, ist Vertrauen. Die augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Deutschland Frankreich nach dem Leben trachte. Soll Deutschland nicht leben dürfen, das ist die große Frage. Das Schwert schwebt über unserem Haupte. Gehen wir den Weg Rußlands? Rußland ist zum großen Teile ein Ackerbau treibendes Land. Deutschland ist aber tatsächlich ein Industrieland. Der Zusammenbruch Deutschlands würde beispiellos dastehen. Nichts würde das mit verfallenen werden können. Aber wenn nur der alte Wille da ist, so kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

Während der allerersten Monate können und werden wir unsere Verpflichtungen nur soweit durchführen, wie die Sicherung der Proviantversorgung für die Existenz des Volkes dies zuläßt.

Erst Brot fürs Volk, dann Wiederherstellung! Was wirtschaftlich unmöglich ist, muß von selbst zusammenbrechen.

Nur Frage des Moratoriums erklärte der Reichskanzler: Es hätte, wenn es von praktischem Werte sein sollte, sich auf viele Monate erstrecken müssen. Sechs Monate wären vor kurzer Zeit noch ganz wirksam gewesen. Mit dem Fall der Mark aber wird das Moratorium immer weniger wertvoll. Der Reichskanzler berührte dann die Vorwürfe, die gegen die deutsche Regierung wegen der Kapitalflucht aus Deutschland erhoben würden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei es, der Waise wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Dr. Brüning zum Schluß, ist Vertrauen. Die augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Deutschland Frankreich nach dem Leben trachte. Soll Deutschland nicht leben dürfen, das ist die große Frage. Das Schwert schwebt über unserem Haupte. Gehen wir den Weg Rußlands? Rußland ist zum großen Teile ein Ackerbau treibendes Land. Deutschland ist aber tatsächlich ein Industrieland. Der Zusammenbruch Deutschlands würde beispiellos dastehen. Nichts würde das mit verfallenen werden können. Aber wenn nur der alte Wille da ist, so kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

erhöhen würden. Er wies darauf hin, daß die Kapitalflucht eine internationale Frage sei. Der beste Weg, die Flucht des Kapitals aus irgendeinem Lande zu verhindern, sei es, der Waise wert zu machen, das Kapital im Lande zu behalten. Was wir brauchen, erklärte Dr. Brüning zum Schluß, ist Vertrauen. Die augenblickliche Katastrophe der Mark, die ein neues kolossales Steigen der Preise und damit eine Bewegung zu erhöhten Löhnen und Gehältern bedeutet, beruht hauptsächlich auf der Furcht, daß Deutschland Frankreich nach dem Leben trachte. Soll Deutschland nicht leben dürfen, das ist die große Frage. Das Schwert schwebt über unserem Haupte. Gehen wir den Weg Rußlands? Rußland ist zum großen Teile ein Ackerbau treibendes Land. Deutschland ist aber tatsächlich ein Industrieland. Der Zusammenbruch Deutschlands würde beispiellos dastehen. Nichts würde das mit verfallenen werden können. Aber wenn nur der alte Wille da ist, so kann Europa und Deutschland noch gerettet werden.

Dollar (Freiverkehr): 1020

Deutschland und Uebersee.

Von Dr. Johannes Blum.

Navigare necesse est. Das alte Rom hat den Satz geprägt und hat die segensreichen Wirkungen des mannhaft fähigen Gebotes, das es sich selbst auferlegte, in Jahrhunderten ehrenvoller stolzer Entwicklung kennen gelernt. Was damals Weltwirtschaft war, wäre an den heutigen Verkehrs- und Wirtschaftsverhältnissen gemessen, eine unbedeutende Klein- und Teilwirtschaft. Aber darauf kommt es nicht an. Das Entscheidende ist, daß Seehandel und Seeverkehr ein entschlossenes Herausstreifen aus allgewohnten engen Bahnen bedeuten, daß in ihnen die Bereitschaft zu kaufmännischen „Wagen und Winnen“, der Wille zu aufbauender Tat sich offenbart. Nur ein Streben mit großen Mitteln und nach großen Zielen kann uns bewahren vor dem sonst sicheren Untergang.

Deutschland, als später Nachzügler auf den Hochstraßen des Weltverkehrs erschienen, hat auch auf diesem in großem Maßstabe erst vor einem Menschenalter betretenen Tätigkeitsgebiete seine Tüchtigkeit bewährt und Großes geleistet. Seine unbestreitbaren schnellen Erfolge riefen in England, das in Deutschland ungeachtet des weiten Größenabstandes der deutschen Handelsflotte von der englischen, einen gefährlichen Nebenbuhler sah, Neid, Mißtrauen, Argwohn hervor. Frankreich sah Deutschlands Macht, Ansehen und Wohlstand von Jahr zu Jahr wachsen und in immer weitere Ferne den Tag rücken, der die Verwirklichung des Revanchegedankens bringen sollte. Beide begehrten sich in dem Wunsche, das deutsche Volk, das friedlich und heilig seinen Geschäften nachgegangen war, als den Störenfried hinzustellen, der mit Gewalt zur Ruhe gebracht werden müsse.

In dem uns aufzuzwungenen Kampfe sind die wirtschaftlichen Positionen in Uebersee, die Deutschland in einem Menschenalter harter, tätiger Arbeit erworben und erweitert hatte, verloren gegangen. England hat zwar das Ziel seiner Wünsche erreicht: von über 5 Millionen Brutto-Registertonnen hat Deutschland den unakademischen Ausgang des Krieges mehr als neun Zehntel verloren. Dafür ist aber der englischen Seefahrt ein viel härterer Konkurrent in der auf 12 Millionen Brutto-Registertonnen angewachsenen amerikanischen Handelsflotte entstanden. Die deutsche Seefahrt war nicht Ausfluß einer Machtvolllust, die der englischen den Rang streitig machen wollte; eine natürliche und notwendige Entwicklung weist auf sie hin. An der Stelle, an der das geeinte Deutschland auf dem Erdenrund steht, muß es im Brennpunkte aufeinander stoßender Wirtschaftskräfte entweder zermalmst oder vom Schicksal zu einem arbeitsstüchtigen, willensbewussten Volke geschmiebelt werden. Als solches hat es in wenigen Jahrzehnten Wirtschaftswerte und Kulturwerte geschaffen, um die sich andere Völker ebenso viele Menschenalter bemüht haben. Es kann diese Werte nicht missen und diese Güter nicht aufgeben, weil es damit sich selbst aufgeben würde. Im Dienste der ihm vom Schicksal gestellten Aufgaben befordert es einem unerbittlichen Mute, das nach den unermesslichen Verlusten an Land und Renten infolge des Krieges und angesichts der erdrückenden Reparationslasten nur noch dringender und zwingender geworden ist. Das deutsche Volk muß, wenn es überhaupt leben, seiner Vergangenheit würdig und ein großes, geachtetes Volk bleiben will, durch Vieferungen für das Ausland seine Einkünfte zu verbessern suchen, die sonst nicht ausreichen würden, um Nahrungs- und Hilfsmittel zu kaufen, die Hilfsmittel seiner Landwirtschaft und seiner Industrie zu bezahlen, die für den Unterhalt seiner Bevölkerung zur Befriedigung der laufenden Bedürfnisse in Stadt und Land, Haus und Hof nötig sind. Das Auslandsgeschäft und der Ueberseehandel sind Lebensadern der deutschen Wirtschaft, die ohne sie verkümmern müßte.

Hamburg ist der Hauptstich des deutschen Exporthandels. Dieser allein ist imstande, die Wege von und nach Uebersee wieder frei zu machen, die der Krieg verschlossen und gesperrt hat. Was zu diesem Zwecke in der kurzen Zeit seit der Ratifizierung des Friedensvertrages, die abgewartet werden mußte, ehe mit dem Wiederaufbau der Handelsflotte begonnen werden konnte, geleistet worden ist und in der nächsten Zukunft geleistet werden wird, das zu zeigen hat die Uebersee-Woche Hamburg sich zur Aufgabe gemacht, die am 17. August mit einem Empfang der Teilnehmer und Ehrengäste, zu dem Reichspräsident Ebert sein Erscheinen zugesagt hat, im Hamburger Rathaus auf Einladung des Senats eröffnet wird und eine schier unüberschaubare Fülle von Darbietungen verschiedenster Art auf den Gebieten der Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspraxis neben zahlreichen Vorträgen, Ausstellungen und sonstigen Veranstaltungen bringt. Das Ganze sozusagen ein aufgeschlagenes Buch, in dem der Ausländer lesen soll, um Deutschland gerecht zu werden, seine Lage zu verstehen und seine Arbeit zu würdigen. Es geht nicht unmittelbar darum, günstige Märkte für den Absatz von Waren zu schaffen und Geschäfte abzuschließen. Das ist Sache der Messen und ähnlicher Veranstaltungen. Die Uebersee-Woche will beweisen und überzeugen, daß Exporthandel und Seeschifffahrt in erster Linie berufen sind, für die deutsche Republik das Vertrauen des Auslandes zurückzuverarbeiten und für den Ernst und Wert, für die Zuverlässigkeit und Großartigkeit deutscher Arbeit Zeugnis abzulegen. Ohne Ueberhebung und ohne Demütigung, vielmehr mit dem Selbstbewußtsein, das dem Tüchtigen und Tüchtigen wohl ansteht, wird das geschehen.

Die Uebersee-Woche Hamburg will auch nichts für sich allein. Was sie darstellt und anstrebt, soll dem ganzen Volke zugute kommen. Darum steht im Mittelpunkt der Uebersee-Woche, gewissermaßen das geistige Band bildend, das die mannigfachen Interessengebiete zu-

Die Bayernkrise vor der Entscheidung.

Die Haltung der Fraktionen und Landesauschüsse.

(Von unserem Sonderberichterstatter.)

München, 16. August. Die Situation hat eine Verschärfung erfahren. Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei, der Bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei sind pünktlich vormittags 9 Uhr im Landtag zur Beratung zusammengetreten. Die Bayerische Mittelpartei war gegen mittag 1 Uhr und die Bayerische Volkspartei gegen 2 Uhr mit der Sitzung fertig.

Die Bayerische Mittelpartei beschloß als Fraktion mit der Deutschen Volkspartei, daß dem Berliner Abkommen in der vorliegenden Fassung nicht zugestimmt werden kann. Das ist kein glattes Nein, steht aber von dem Nein nicht weit entfernt. Damit will die Bayerische Mittelpartei, soweit die Fraktion in Frage kommt, andeuten, daß neue Verhandlungen angestrebt werden sollen.

Die Bayerische Volkspartei sah in der Fraktionsentscheidung überhaupt keinen Beschluß. Sie nahm nur die Berichterstattung ihrer Minister, des Ministerspräsidenten und des Ministers des Innern, entgegen und überließ die endgültige Entscheidung dem um 4 Uhr nachmittags zusammentretenden Landesauschuss. Der Bayerische Bauernbund hatte auch erst für nachmittags Fraktions- und Vorstandsitzung eingeblieben.

Ausdrücklich verwarf die Bayerische Volkspartei die Angelegenheit dadurch, daß eine stattliche Zahl von Delegationen aus dem Lande, aus Oberbayern, aus dem Giesing, aus Schwaben und drei Deputationen aus Franken im Landtag erschienen. Insgesamt mochten die Deputationen 200 Mann stark gewesen sein. Die Herren, die mit dem Kultusminister in Betretung des Ministerpräsidenten das Wort führten, forderten Ablehnung des Berliner Abkommens, was der Minister damit beantwortete, daß die Fraktionen mit ihren Landesauschüssen zur Entscheidung versammelt seien. Die Vorsitzenden verlangten dann Landtagsauflösung. Der Minister gab zurück, daß dies auch der letzte Schritt sein werde, wenn die Fraktionen zu einer Ablehnung kommen sollten. Der Minister erklärte noch, daß die Bestätigung Vertrauen haben möge. Die Koalition und die Regierung würden nach bestem Willen und Gewissen handeln.

Der Bayerische Ordnungsbund forderte in einem sehr scharfen Briefe den Ministerpräsidenten auf, entweder hart zu bleiben oder eine Volksabstimmung herbeizuführen. Das bayerische Volk erwarte, daß er nicht der Totengräber der letzten Rechte Bayerns sein werde und auch nicht sein wolle. Der Ordnungsbund ruft für heute abend zu einer Massenversammlung auf dem Königsplatz auf, um durch diese Kundgebung zu zeigen, daß sich Bayern nicht von Berlin mit Füßen treten lasse.

Der Volksbildungsrat hat sich mitgeteilt, daß auch der Gedanke aufgetaucht ist, die Entscheidung bis nach dem

Katholikentag zurückzustellen. Das wäre eine Finanzschiebung auf 14 Tage. Es ist aber kaum anzunehmen, daß die ganze Angelegenheit bei der Entscheidung des größten Teiles der Bevölkerung eine bezweifelnde Abwertung verleiht.

Der Landesauschuss der Bayerischen Volkspartei tagte von 4 bis 8 Uhr. Dann wurde eine einstündige Pause gemacht und dann weiter beraten. Das Ergebnis wird auch hier sein, daß das Berliner Protokoll nicht in allen Teilen befriedigt. Die Entscheidung kann erst morgen in der gemeinsamen Koalitionsitzung fallen. Der Bayerische Bauernbund ermächtigte seinen Vorsitzenden, morgen in der Koalitionsitzung zu erklären, daß der Bayerische Bauernbund jeden verfassungsmäßigen Weg mit dem Berliner Abkommen nicht gehen will, daß auch der Bayerische Bauernbund neuen Verhandlungen nicht in den Weg legt. Es dreht sich nun darum, ob man in Berlin zu neuen Verhandlungen bereit sein wird. Ist dies nicht der Fall, dann nimmt der Bayerische Bauernbund dem Berliner Protokoll zu. Es wird sich dann erneut die Frage aufwerfen, was bei einer Weigerung Berlins zu neuen Verhandlungen die Bayerische Volkspartei und die Bayerische Mittelpartei zu tun gedenken.

Der Landesauschuss der Bayerischen Mittelpartei (Funktionsale Volkspartei) hat einstimmig folgende Entschließung gefaßt: Der Landesauschuss erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar und erwartet, daß Parteileitung und Fraktion den Kampf gegen die Schuggesetzgebung auf das entscheidende Terrain und insbesondere die behaupteten Hoheitsrechte Bayerns mit aller Entschiedenheit wahren werden.

Annahme der Vereinbarungen durch die Koalitionsparteien.

München, 16. August. Die „Bayerische Staatsztg.“ schreibt: Die Entscheidung über die Abmachungen Bayerns mit dem Reich dürfte heute fallen. Man kann wohl jetzt schon mit der Annahme der Vereinbarungen durch die Koalitionsparteien rechnen. Der Bauernbund hat bereits seine Zustimmung erteilt und in der Bayerischen Volkspartei mehren sich die Stimmen dafür, wenn auch vielfach noch unbestimmte Sicherheiten für Einzelheiten der Abmachungen gewünscht werden. Man kann der Ueberzeugung sein, daß die Worte des Reichspräsidenten eine Gewähr für eine lokale Durchführung der Jungständnisse bieten. Auch im Lande drängen wärd die Einsicht, daß Bayern bei den Abmachungen in Berlin doch im großen und ganzen die nötige Berücksichtigung seiner Staatsnotwendigkeiten gefunden hat. Zahlreiche Zustimmungsbewegungen aus allen Gegenden des Landes, namentlich von führenden politischen Persönlichkeiten, die in den letzten Tagen dem Ministerpräsidenten zugegangen sind, verstärken diesen Eindruck. In den Kreisen der Mittelpartei herrscht eine ähnliche Stimmung.

Das Ergebnis des französischen Ministerrates.

Paris, 16. August. Nach einer offiziellen Havasmeldung über den heutigen Ministerrat in Rambouillet dauerte dieser vormittags von 10 Uhr bis kurz vor 1 Uhr. Die Minister, die in Rambouillet geblieben sind, nahmen am Nachmittag die Beratungen wieder auf. Vormittags erhaltete Poinecaré über die Londoner Verhandlungen und die Gründe ihres Abbruchs Bericht. Der Ministerrat billigte seine Haltung einstimmig und erklärte sich mit ihm solidarisch. Havas zufolge, wird angenommen, daß die Frage einer etwaigen Einberufung des Parlamentes am Vormittage noch nicht zur Sprache gekommen ist.

Der von Havas ausgegebene amtliche Bericht besagt, daß die nachmittagsliche Sitzung des Ministerrats um 4 1/2 Uhr zu Ende gegangen ist. Es wurden die verhandelten Möglichkeiten beraten, die eintreten können, je nach dem Beschluß, den die Reparationskommission faßt.

Nach dem „Intransigeant“ ist es keineswegs sicher, daß der französische Vertreter in der Reparationskommission Dubois unter den gegenwärtigen Umständen von seinem ausschlaggebenden Stimmrecht als Vorsitzender der Kommission bei den Beratungen über das Moratorium Gebrauch machen wird.

Der „Temps“ vertritt in einer anscheinend beeinflussten Nota den Standpunkt, daß das Moratorium auch dann als abgelehnt gelten müsse, wenn Belgien in der Reparationskommission sich der Stimme enthalte. Das Blatt beruft sich hierbei auf § 18 Anhang 2 zum Reparationsabchnitt des Versailleser Vertrags. Der „Temps“ fügt hinzu, daß nach § 14 desselben Anhangs „Beschlüsse des Ausschusses im Rahmen der ihm übertragenen Befugnisse sofort vollstreckbar und ohne weitere Formlichkeit alsbald anwendbar sind“.

Paris, 16. Aug. Die „Journal des Débats“ mitteilt, wird die Reparationskommission, der zurzeit die Frage des Moratoriums vorliegt, zusammentreten, um den Wortlaut ihrer Antwort an Deutschland festzusetzen. Es sei jedoch nicht sicher, daß sie diese Antwort sofort an die deutsche Regierung abgeben lassen werde. Vielmehr habe es den Anschein, daß die Delegierten die Richtlinien ihrer Beratungen, insbesondere die der französischen Regierung, abwarten werden. (W. I. B.)

Keine Einberufung des Parlaments.

Paris, 16. Aug. Aus Rambouillet wird mitgeteilt, daß um 3 Uhr der Minister des Innern Mannoury erklärte, er sei berechtigt, zu sagen, daß keine Rede davon sei, das Parlament einzuberufen. (W. I. B.)

Pariser Pressestimmen zur Lage.

Paris, 16. August. „Echo de Paris“ sieht in dem Umstand, daß Frankreich zuerst die Entscheidung der Reparationskommission abwartet, eher ein gutes Vorzeichen. Wenn Frankreich den Druck gewollt hätte, so hätte es, wie Millierand seinerzeit bei der Besetzung Frankreichs, sofort vorrücken können. — Dem „Echo de Paris“ wird aus Berlin berichtet: Der Sturz der Marxscheime von dem Willen der deutschen Regierung unabhängig zu sein. Die Großindustriellen und Finanziers hätten diese Abwärtsbewegung vor einigen Monaten entsetzt, aber die Ereignisse seien augenblicklich härter als je. Der Sturz der Marx sei durch Amerika und England hervorgerufen, da die englischen und amerikanischen Besitzer von Papiermarien die englischen unter allen Bedingungen abstoßen. — „Le Temps“ schreibt zur Lage: Poinecaré wollte seinen Obersten Rat über dreimal mehr auf Besprechungen mit dem englischen Premierminister begeben. Bei allen dreien kam es zu Zusammenstößen. Er wollte nicht, daß man die belgische Priorität antaste. Durch seine Forderungen wegen der Ausgleichszahlungen stellte er diese Priorität derart bloß, daß die Delegierten Belgiens in der Reparationskommission nicht mehr gemeinsame Sache mit den französischen Delegierten machen. Er brachte den Garantiepakt mit England zu Fall, weil er nur eine siebenjährige Dauer vorsah. Sieben Monate später wurden die Entente und der Versailleser Friedensvertrag kompromittiert. Während Irland in der Lage war, sicherzustellen, daß Frankreich die ganzen Forderungen erlangen würde, ist Poinecaré mit dem Moratorium selbsterfahren. Wenn wir wenigstens den seit dem 18. Januar verlorenen Boden wieder gewinnen könnten, würden wir uns glücklich schätzen.

Italienisch-belgische Hoffnungen.

London, 16. August. „Wall Mall Gazette“ meldet, daß die italienischen offiziellen Kreise die neue politische Lage nach der Konferenz optimistisch betrachten. Trotz des unglücklichen Ausgangs der Konferenz ist die italienische

Delegation davon überzeugt, daß für die Zukunft keine Gefahr vorliegt. Die Haltung Frankreichs werde zu seiner Besichtigung Anlaß geben. Die Fragen, die auf der Konferenz aufgeworfen wurden, würden von der Reparationskommission behandelt werden und man hoffe, daß die Kommission die neue Basis für eine Verständigung finden werde. Außerdem werde sicherlich gegen Ende des Jahres eine neue internationale Konferenz mit Aussicht auf ein günstiges Resultat stattfinden.

Paris, 16. August. Der Londoner Berichterstatter des „Journal“ meldet: Thénault erklärte vor seiner Abreise, daß nach seiner Meinung in kürzester Frist eine neue Konferenz stattfinden werde. Er wisse aber noch nicht, wo sie zusammentreten könne. Thénault erklärte ferner, er sei nicht entmutigt; die Entente sei von solcher Bedeutung, daß sie die Hilfe der auswärtigen Politik bilde; außerdem sei sie wesentlich für den Weltfrieden, man müsse sie um jeden Preis erhalten.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

Berlin, 16. Aug. Das Reichskabinet hat gestern die durch das Scheitern der Londoner Konferenz entstandene außenpolitische Lage erörtert. Die Beratungen, die nicht abgeschlossen wurden, werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden.

Berlin, 16. Aug. Das Reichskabinet tritt heute nachmittags wiederum zu einer Sitzung zusammen. Beschlüsse werden voraussichtlich nicht gefaßt werden, da die Reichsregierung, solange noch keine endgültige Entscheidung über das Moratoriumsgeheim und die Ausgleichszahlungen getroffen ist, eine abwartende Haltung einnehmen will.

Die Londoner Presse zur Erklärung des Reichskanzlers.

London, 16. Aug. Die Abendpresse bringt im Sperrdruck Reichskanzler Bruns Worte über die Verhandlungen mit dem Reich. — „Daily Mail and Globe“ sagt: Gewaltmaßnahmen werden nur einen moralischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch in Deutschland herbeiführen und den Ausbruch des Volkswutens und eine Erneuerung der Kriegsbedingungen in ganz Mitteleuropa zur Folge haben. — „Daily Express“ schreibt: Frankreich würde außerstande sein, selbst wirtschaftliche Strafmaßnahmen gegenüber Deutschland zu ergreifen, ohne dabei den Friedensvertrag zu verletzen. — Auch „Westminster Gazette“ erklärt, Poinecaré könne keine Aktionen nicht zur Durchführung bringen, ohne den Friedensvertrag, auf den sich die Forderungen Frankreichs gründeten, in Stücke zu reißen. — Die „Times“ schreibt: Wir hoffen und glauben, daß die französische Regierung keine nicht wieder auszumachende Entscheidungen treffen wird, die die Beziehungen zu unseren beiden Ländern ernstlich beeinträchtigen würden. — „Daily Telegraph“ sagt, ein Uebermaß von Mitleid mit Frankreich veranlaßt uns, seine Politik gegenüber Deutschland nicht anzumenden.

Die Scheidemann-Altentäter vor dem Untersuchungsrichter.

Kassel, 16. August. Die Oberstaatsanwaltschaft teilt mit: Hüster und Delschläger hielten vor dem Untersuchungsrichter ihr Geständnis in allen Teilen aufrecht. Delschläger erklärte, er habe, als Scheidemann (sobald die Pistole auf ihn gerichtet, indem er etwa 15 Schritte hinter Scheidemann stand, am Schießen wurde er durch den Stoß eines Mannes verhindert, der ihm und Hüster bewußt oder unbewußt schon während des ganzen Weges hinderlich war. Als er diesen Mann von sich abschleudert hatte, habe Delschläger den Oberbürgermeister hinstürzen sehen und ihn für tot gehalten. Selbstmörder hat sich die Person, die in der von Delschläger geschilderten Weise tätig war, bisher nicht gemeldet. Hüster hat noch am Tage seiner Auslieferung dem Oberstaatsanwalt die Stelle im Walde gezeigt, wo er das die Giftspitze enthaltende braune Blechbehältnis, bestehend aus einer Dose und einem Deckel von der Art der Gasgranatenhüllen, weggeworfen hat. Die Nachforschungen im Walde waren ergebnislos. Nachdem sich die Tat als solche nunmehr vollständig aufgeklärt hat, handelt es sich nur noch darum, die Herkunft des Giftes sowie die Teilnahme oder Mithilfe anderer Personen aufzuklären. Das Ergebnis dieser Ermittlungen kann indessen an der Tat Hüsters und Delschlägers, die sich als gemeinschaftlich verübter Mordverbrechen darstellt, nichts mehr ändern. Deshalb besteht die Möglichkeit, daß die Voruntersuchung gegen beide in Kürze abgeschlossen und die Anklage gegen sie erhoben wird. Zur Württemberg ist der Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik in Leipzig wählbar.

Kommunikation ein internationaler Weltwirtschafts-Kongress mit dem Thema: Die Wiederaufrichtung Europas. Die deutschen Wirtschaftskräfte und Handelsplätze, Hamburg an der Spitze, arbeiten dafür mit bestem Willen. Davon soll Kunde hinausgetragen werden bis in die fernsten Länder, ein Malin- und Bedarf für alle diejenigen, die in dem Irrwahn befangen sind, mit Mitteln, wie sie das „Arbeitsinstrument“ des Versailleser Vertrages anwenden, der Menschheit den Frieden und die Völkergemeinschaft aufzubauen bringen zu können. Demgegenüber will die Lieberke-Boche-Hamburg werden und wirken für die Wiederherstellung eines Zustandes in Europa, der den Krieg so bald als möglich veranlassen macht, für die Weltwirtschaft als Vorstufe der Völkervereinigung und Völkergemeinschaft, für den Sieg der Wirtschaft über politische Machtsprüche und Machtkämpfe, die jeden Anlauf zum Wiederaufbau im Reine verhindern, und in einer Zeit, in der für uns alles auf dem Spiele steht, unverantwortlich und untragbar sind. Der allgemeinen Not und Sorge kann nur eins abhelfen: Verbindung der deutschen Wirtschaft, die unendlich selber erfahren muß, mit der Weltwirtschaft, die die Arbeit und Kaufkraft eines Sechsigmillionenvolkes nicht entbehren kann.

Unter dem Vorkommen und Wechselwollen, das den Teilnehmern der Lieberke-Boche geboten wird, werden sie nicht übersehen dürfen das kleinere Bild, das doch auftragend am Hamburger Hafen den leuchtend gehenden Schiffen ein leeres Bewußtsein und den heraufkommenden heimkehrenden ein echtes Willkommen entbietet. In diesem Zeichen allein kann gelingen, was die Lieberke-Boche anstrebt: in dem Reichen der deutschen Einheit, die Bismarck geschaffen hat und vererbte. Die aus den im Rahmen des Weltwirtschafts-Kongresses gebotenen Vorträgen, was größter Vorsicht und Strenge alles ausgeschaltet ist, was als Parteipolitik verstanden und hörend empfunden werden könnte, so soll das deutsche Volk das Eingeladene in den Vordergrund stellen, um ein Beispiel zu geben, wie dem Friedensproblem näherzukommen ist. Voraussetzung dafür ist, daß die Wirtschaftler, die dabei die Hauptarbeit zu leisten haben, in allen Ländern von der Auffassung und Gesinnung sich leiten lassen, die aus den Schlussworten des Generaldirektors der Hamburg-Amerika-Linie Geheimrat Guno in seinem Vortrag über Weltwirtschaft und Weltseehandel im Handbuch der Lieberke-Boche spricht: Freiheit des Handels und der Meere, Freiheit des Verkehrs und der Niederlassung, Gleichberechtigung der Nationen und Gemeinschaftswille, das sind die Grundlagen kommender Entwicklung. Bei allen Völkern, einmütig, ob Sieger oder Besiegte, ist die Stunde zu ernt, als daß wir engagierten politischen Phantomen nachlaufen könnten.“

Das unerfüllliche Polen.

Unannehmliche Grenzverlegungsforderungen.

Berlin, 16. Aug. Nach hier vorliegenden amtlichen Nachrichten hat der polnische Kommissar neuerdings der Grenzkommission, die mit der Grenzlinie in Oberschlesien beauftragt ist, folgende Forderungen vorgelegt: Zuteilung der Delbrück-Schichte an Polen, Zuteilung des Friedler-Glad-Schichtes nebst dem Ost- und Westfeld des Zinnbergwerkes Wilhelmglück an Polen, Zuteilung des vorgelagerten Steinkohlenfeldes der Ragionkugrube an Polen, eine Erweiterung des Geländes nördlich und östlich des Carnalis-Prendeschichtes zugunsten von Polen, Zuteilung des Schiefes der Königin-Vulsegube an Polen, ferner zahlreiche andere Veränderungen der Demarkationslinie zugunsten Polens, zum Beispiel Zuteilung der für die Stadt Beuthen lebenswichtigen Straßen- und Kleinbahnverbindungen bei Rodahammer. Dieser polnische Vorschlag zur Festsetzung der definitiven Grenzlinie ist für Deutschland selbstverständlich unannehmbar. Das Berliner Abkommen vom 15. Mai 1922 ist unter der beiden vertragsschließenden Parteien bekannten Voraussetzung abgeschlossen worden, daß die damals bereits gezogene Demarkationslinie keine wesentliche Änderung mehr erfahren würde. Die von den Polen neuerdings erforderte Grenzlinie würde die Demarkationslinie erheblich abändern und weite Strecken deutschen Gebietes, die Willkürdenkmale in sich schließen, vom deutschen Reiche abtrennen. Es muß von der Grenzkommission erwartet werden, daß sie die polnischen Forderungen bei Feststellung der definitiven Grenzlinie mit Entschiedenheit zurückweisen wird. (W. I. B.)

Vor der Wiederaufnahme des deutsch-polnischen Eisenbahnverkehrs.

Breslau, 16. August. Unter dem Vorsitz des Eisenbahn-Direktionspräsidenten Bogt-Berlin finden zurzeit im Rathaus in Reinerz Beratungen über die Ausgestaltung bzw. Wiederaufnahme des deutsch-polnischen Eisenbahnverkehrs statt. Die Beratungen werden mehrere Tage dauern. 21 Vertreter von verschiedenen deutschen Behörden nehmen an ihnen teil. Ende dieser Woche werden auch die Vertreter Polens in Reinerz erwartet. (W. I. B.)

Truppenbesichtigung in Gleiwitz.

Gleiwitz, 15. Aug. Heute wird eine Besichtigung der Truppen in Gleiwitz und Umgebung durch den Chef der Deereleitung, General der Inf. v. Seck, vorgenommen. Die Anwesenheit des Generals v. Seck wird auch mit der Frage der endgültigen Truppenverteilung in Oberschlesien in Verbindung gebracht. (W. I. B.)

Verhängnisvoller Bombenabwurf bei einem polnischen Militärsporfeste.

Danzig, 16. Aug. Auf dem polnischen Flugplatz bei Pakia sollten gestern abend im Rahmen eines militärischen Sporfestes Bombenabwürfe von einem Flugzeug angeführt werden. Ein Hänger ließ nun eine Bombe fallen, als er sich über der 800 Köpfigen Zuschauermenge befand. Die Bombe explodierte inmitten der Menge und tötete 10 Personen auf der Stelle. 50 Personen sind teils schwer, teils leicht verletzt in die Krankenhäuser von Pania, Neuladi, Joppot und Danzig geschafft worden.

Die Zukunft der „Times“ nach Northcliffes Tode.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) London, 15. August. Es sind Verhandlungen im Gange, um die „Times“ nach dem Ausscheiden von Lord Northcliff in die Hände des bekannten Heeders Joan Esterman zu bringen, der bereits einen erheblichen Teil der Anteile besitzt. Esterman verfügt auch über eine Anzahl der bekanntesten englischen Wochenblätter, die sich finanziell in seiner Macht befinden. Der Bruder Lord Northcliffes, Lord Northmore, der sich für die Erhaltung des Northcliffes-Presb-Kongress sehr interessiert und mehr der Politik Lord Georges folgt, verfügt nicht über die finanziellen Mittel, um die gesamte Organisation zu übernehmen. Doch wird vermutet, daß er die meisten Blätter behalten wird, während das Schicksal der „Times“ noch unentschieden ist. Dieses Blatt hat seine französischfreundliche Politik in den letzten Wochen immer mehr fahren lassen und nähert sich seinem früheren Standpunkt, um die Interessen Englands stärker zu vertreten. Wahrscheinlich wird das Blatt in kurzer Zeit wieder die Interessen der englischen Konservativen vertreten.

Weniger Arbeitslose in England.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) London, 16. August. Die Zahl der Arbeitslosen in England betrug am 7. August 1 328 000. Es ist also eine Verminderung von 28 821 gegen die Vorwoche eingetreten.

Auszeichnung ungarischer Kriegsteilnehmer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten“.) Budapest, 16. Aug. Reichsverweser Gorthy hat im Befehl des Erzherzogs Joseph 300 Offiziere und ebensolche Mannschaften für ihr ausgezeichnetes Verhalten im Kriege zu Ritterschaft ernannt.

Seite 2
Dresdner Nachrichten
Sonntag, 17. August 1922
Nr. 364

Die Beratung über Hilfsmahnahmen für die Arbeiterklasse.

Drachmelungen unserer Berliner Schriftleitung. Berlin, 16. August. Die vertraulichen Besprechungen zwischen den Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften und den Organisations- und anderen Organisationen haben bisher noch zu keinem definitiven Ergebnis geführt. Am Donnerstag oder Freitag soll aber die geplante offizielle Zusammenkunft der Gewerkschaftsführer mit den Ministern der Regierung zur Beratung von Hilfsmahnahmen für die Arbeiterklasse aus Anlaß der Marktsituation stattfinden. Weiter sind heute nachmittags die Spitzenorganisationen der freien Gewerkschaften zusammengetreten, um zu dem am Donnerstag im Reichsministerium beginnenden Besprechungen über die neue Teuerungsdation für die Besamten und Staatsarbeiter Stellung zu nehmen. Die Verhandlungen fanden unter dem Einfluß der gegenwärtigen hohen Aktion der Gewerkschaften und es läßt sich deshalb noch nicht übersehen, ob die Verhandlungen im Finanzministerium in der gewohnten Weise vor sich gehen werden oder ob man nicht vielmehr das Ergebnis der Besprechungen zwischen den Gewerkschaften und der Regierung abwarten wird.

Weitere Steigerung der Brotpreise?

Berlin, 16. Aug. Wie wir zuverlässig hören, ist damit zu rechnen, daß die Brotpreise in nächster Zeit wiederum in die Höhe gehoben werden. In der Hauptsache, weil aus den Kreisen der Landwirtschaft neue Forderungen an die Regierung gestellt werden müßten und die Regierung deshalb in Verhandlungen mit den Vertretern der Landwirte eingetreten ist, die nach Auffassung von sozialdemokratischen Parlamentariern zu einer höheren Bezahlung des Umlagegetreides führen werden. Die Sozialdemokraten sind deshalb bereits jetzt bei der Regierung vorstellig geworden und erheben Protest dagegen, daß die Preise für das Umlagegetreide höher festgesetzt werden und dadurch eine neue Verteuerung des Brotes erfolgt wird.

Der steigende Milchpreis in Berlin.

Berlin, 16. Aug. Vom nächsten Montag ab wird in Berlin der Liter auf Karten gelieferte Milch 20 Mark, ohne Karten 24 Mark kosten. Die sogenannte Magermilch kostet im Kleinhandel 12,50 Mark pro Liter. Man rechnet aber jetzt schon damit, daß binnen kurzem, wenn die Milch sich nicht kräftig erholt, der Preis für Milch im freien Verkehr über 30 Mark in die Höhe schnellen wird.

Größte Besorgnis in Handels- und Industriekreisen.

Berlin, 16. August. Wie aus Handels- und Industriekreisen mitgeteilt wird, sehen diese der Entwicklung der deutschen Wirtschaftslage mit größter Besorgnis entgegen. Abgesehen davon, daß die katastrophale Entwertung der Mark die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung vorwiegend bis zu einer unerträglichen Grenze steigern wird, sei auch mit einer sehr frühen Einwirkung auf das gesamte Wirtschaftsleben zu rechnen. Die Industrie werde angesichts der vollständigen Entwertung der deutschen Währung nicht mehr in der Lage sein, Rohstoffe aus dem Ausland einzuführen, um diese hier verarbeiten zu können. Infolgedessen müßte mit einer äußerst bedenklichen Lähmung der deutschen Industrie gerechnet werden, die umfangreiche Arbeiterentlassungen zur Folge haben müßte. Im Interesse des Volksganzen wäre zunächst eine stärkere Handhabung der Ausfuhrkontrolle zu empfehlen, um dem zweifellos jetzt mit erneuter Wucht einsetzenden Verfall Deutschlands durch die Ausländer wirksam begegnen zu können. Vor allem müßte auch die Reichsregierung die Einfuhr von Luxuswaren aus dem Ausland unterbinden.

Ausbreitung des Landarbeiterstreiks.

(Drachmelungen unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 16. Aug. Die Bewegung der Landarbeiter scheint jetzt von Brandenburg und Pommern auch auf die Provinz Hannover überzugreifen. In Hannover hatte, nachdem in mehreren Verhandlungen über die Höhe der Lohnzulagen für Juli und August keine Einigung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern erzielt worden war, am 14. August ein vom Reichsarbeitsministerium eingesetzter Sonderlichungsausschuß getagt, um die seit längerer Zeit bestehenden Differenzen in der hannoverschen Landwirtschaft beizulegen. Diese Verhandlungen verliefen aber ergebnislos. Am Dienstag dieser Woche sind nun die Gewerkschaften beim Regierungspräsidenten von Hannover vorstellig geworden, um eine Neubehandlung des Schlichtungsausschusses und die Einberufung eines neuen Termins zu veranlassen. Inzwischen hat sich aber der Landarbeiterstreik bereits eine große Erregung bemächtigt. In den Kreisen Darnel und Springe sind die Landarbeiter schon gestern in den Streik getreten. Der Landarbeiterstreik im Kreise Oberbarim dürfte bereits in den nächsten Tagen zusammenbrechen. Abgesehen davon, daß der kommunistischen Hand- und Kopfarbeiter-Union nicht die genügenden Mittel zur Verfügung stehen, um einen längeren Zeit dauernden Kampf zu führen, scheint auch die strikte Ablehnung des Streiks durch die freigewerkschaftlichen Organisationen die Zuversicht der Streikenden auf einen für sie erfolgreichen Ausgang stark erschüttert zu haben.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: „Die Nibelungen“ (7). Schauspielhaus: „Geschlossen. Reußer'sches Schauspielhaus: „Der Wildschütz“ (18). Kroll'sches Theater: „Meigen“ (16). † Staatsoper. Eine unerwartet eingetretene Gelferkelt Curt Taubers führte gestern im glänzenden besuchten „Oberon“ noch einmal Friedrich Hofset an die Spitze seines bisherigen Wirkens zurück. Auch diesmal sang er seinen Helden mit Stimmgewalt, Reichthum und Mitterlichkeit unter dem gewohnten Beifall des Hauses. † Das General-Theater bleibt, nachdem die sommerliche Lustspielzeit zu Ende gegangen ist, vorerst geschlossen. † Dresdner Künstler auswärts. Vera Waldheim fand anlässlich eines Tagesabends im Berliner Wintergarten schmerzliche Anerkennung seitens der Berliner Kritik. — Der Dresdner Pianist Walter Vogel hat eine Konzertsahrt nach Finnland unternommen und hat in Helsinki glänzende Aufnahme gefunden. Ein und vornehmender Brief des Künstlers berichtet, daß in Finnland eine große Verehrung für Deutschland herrscht, die in der dortigen alljährlichen Gesellschaft wie in der Presse höchst lobend Ausdruck findet. † Die ukrainischen Schriftsteller an Gerhart Hauptmann. Im Namen des Verbandes ukrainischer Journalisten und Schriftsteller sandte dessen Vizepräsident D. Dies folgendes Telegramm an Gerhart Hauptmann in Dresden: Zum sechzigjährigen Jubiläum die herzlichsten Glückwünsche. Ich möchte, daß die ganze Menschheit noch mit Ihnen die Glückseligkeit hören möge, von welcher Ihr Meister Gedicht träumte. † Ein Buch Vajo Brentanos über die Schuldfrage. Der Münchner Nationalökonom Professor Vajo Brentano hat ein Werk über die Kriegsschuldfrage vollendet, das unter dem Titel: „Die Urheber des Weltkrieges“ demnächst im Münchner Dreimasken-Verlag erscheinen soll. An der Hand der Akten, der neuesten Quellen und Veröffentlichungen unternimmt der Gelehrte darin den Nachweis, daß die behauptete Allein Schuld Deutschlands am Kriege eine ungeheure Lüge ist, daß die anderen Staaten, vor allem Frankreich, in viel ärgerem Maße am Kriege geirrieben haben. † Eine Neugestaltung der Wiener Werkstätten. Unter der Leitung des aus Wien stammenden Künstlers Joseph Urban, dessen aus modernem Geist geborene Theaterdekorationen ihm seit Jahren schon einen Namen gemacht haben, ist in Neupark vor kurzem in der vornehmsten Straße der Stadt, der fünften Avenue, eine Filiale der „Wiener Werkstätten“ eröffnet worden. Sie führt, wie der „Cicerone“ aus Neupark meldet, die schönsten Erzeugnisse des Wiener

Verliches und Sächsisches.

Mittelgebirgsübung in der Sächsischen Schweiz.

Vom 18. bis mit 28. August findet in der Sächsischen Schweiz unter Leitung des Kommandeurs des 10. (Sächs.) Infanterie-Regiments eine Mittelgebirgsübung statt, an der außer dem in Dresden garnisonierenden Päger-Bataillon des Infanterie-Regiments 10 noch Teile des 3. Bataillons und der Minenwerfer-Kompagnie desselben Regiments, sowie Teile des Artillerie-Regiments Nr. 4, des Pionier-Bataillons Nr. 4 und des Reiter-Regiments Nr. 10 teilnehmen werden.

Die Truppen werden am 18. August die Gegend zwischen Nieder-Rathen und Stolpen erreichen. Am 19. August findet eine Übung zwischen Nieder-Rathen und dem Polenzthal statt. Am Montag, den 21. August, wird bei Nieder-Rathen ein Übungsübergang durchgeführt, dem sich eine Übung in Richtung Bärenstein anschließt. Am Abend soll bivakliert werden. Am 22. August wird eine Übung zwischen dem Rönigstein und Langen-Pennersdorf abgehalten. Am Abend dieses Tages sollen Quartiere in und bei Pirna bezogen werden. Am 23. August erfolgt der Rückmarsch in die Garnison.

Die mitgeführten Kapellen werden in den Unterkünften Platzkonzerte abhalten. An verschiedenen Abenden sind Konzerte geplant, deren Reingewinn den betreffenden Gemeinden für mitbillige Zwecke zuzuführen soll. Am 22. August abends wird in Pirna im „Schützenhaus“ ein Doppelfonzert von zwei Kapellen stattfinden.

Kraftwagenverkehr im Dresdner Stadtgebiet an Sonntagen.

Das Volksempfindungsteilte mit: Nach der Bekanntmachung des Volksempfindungsteils vom 25. Mai 1914 dürfen Kraftfahrzeuge bis zu 5,5 Tonnen Gesamtgewicht im Gebiete der Stadt Dresden mit einer Höchstgeschwindigkeit von 25 Kilometer in der Stunde fahren.

Anfolge der zahlreichen Klagen über besonders rüchichtsloses Fahren vieler Kraftfahrer an Sonn- und Feiertagen, wodurch der Ausflugsverkehr der Fußgänger stark behindert und gefährdet wird, wird das Volksempfindungsteil den Kraftfahrern an Sonn- und Feiertagen besonders scharf überwachen lassen und gegen Ueberschreitungen der Höchstgeschwindigkeit auf strengste einschreiten.

Für den Fall, daß diese Maßnahme nicht genügen sollte, wird das Volksempfindungsteil gezwungen sein, den Kraftfahrerverkehr an Sonn- und Feiertagen in der Weise einzuschränken, daß nur die Hauptverkehrsstraßen von den Kraftfahrzeugen benützt werden dürfen.

Dollarstand und Straßenbahntarife.

Anfolge der in den letzten Wochen eingetretenen gewaltigen Erhöhung aller Bedürfnisse und der Gehälter und Löhne der Straßenbahnangehörigen sieht sich der Rat zu Erhöhung der Straßenbahntarife in Höhe von 1 Mk. zu erziehen. Eine einfache Fahrt soll künftig 6 Mk. mit Umsteigen 7 Mk. kosten. In der Vorlage rechnet der Rat aus, daß die Bewilligung des Stundenlohnzuschlags für das laufende Geschäftsjahr eine Belastung von 50.630.000 Mark bedingen wird. Hierzu kommen aus Anlaß der zunehmenden Teuerung Mehrausgaben für Strombezug 5.110.000 Mk., für Materialien und Frachten 8.810.000 Mk., für sonstige Versicherungen 740.000 Mk. und für Ausgleichszuschläge zu den Gehältern 6.700.000 Mk. Es würde im ganzen also eine Belastung von über 72 Millionen Mark in Frage kommen. Der Rat führt in seiner Vorlage u. a. weiter aus: „Angesichts der recht erheblichen, in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten Ausgabensteigerung muß die Deckungsfrage sofort erledigt werden, soll nicht das Unternehmen mit neuen Fehlbeträgen, die sich bei den obigen Ausgaben auf täglich 315.900 Mk. belaufen, belastet werden. Zur Deckung dieser Mehrausgaben ist eine Steigerung aller Fahrpreise — unverändert Bemessung unserer Finanzen angenommen — um rund 1,40 Mk. erforderlich. Eine so weitgehende Belastung der Bevölkerung glauben wir gegenwärtig nicht verantworten zu können und haben daher beschlossen, die jetzt bestehenden Fahrpreise um je 1 Mk. zu erhöhen, so daß der Grundpreis für eine einfache Fahrt 6 Mk. für eine Fahrt mit Umsteigen 7 Mk. beträgt. — Die Forderung der Unabhängigen Stadtverordneten will der Vorlage mit der Maßgabe zustimmen, daß die Einkommensgrenze für Arbeiterwohnenarten auf 100.000 Mk. herabgesetzt wird. Da die neue Erhöhung der Fahrpreise die erheblichen Mehrausgaben nicht deckt, ab 16. August aber eine weitere Steigerung der Mehrausgaben eintritt, muß man damit rechnen, daß sich in absehbarer Zeit eine abermalige Erhöhung der Straßenbahntarife notwendig macht. Bei erneuter Regelung der Fahrpreise werden voraussichtlich auch die Einführungen von Teilsfreden berücksichtigt werden.“

Da sich das Stadtvorordnetenkollegium in den Ferien befindet, die Vorlage aber sehr dringlich ist, soll durch Umlauf über die notwendige Erhöhung des Straßenbahntarifes abgestimmt werden. Die Ausschüsse haben bereits eine Beratung in dieser Angelegenheit abgehalten.

In Chemnitz beschloß der Rat ebenfalls die Erhöhung der Straßenbahntarife. Danach kostet die einfache Fahrt mit und ohne Umsteigerechtigung 5 Mk., die Fahrt über drei Teilsfreden 4 Mk., die Anfahrkarte für sechs Fahrten 25 Mk. und die Wochenkarte für zwölf Fahrten 44 Mk.

Auch in Plauen ist heute, Mittwoch, ein erhöhter Tarif in Kraft getreten. Eine Fahrt von beliebiger Länge mit der Berechtigung zum einmaligen Umsteigen kostet nunmehr 5 Mk., zehn Fahrten 45 Mk.

In Dresden ist ja schon am 7. August eine abermalige Tarifserhöhung auf 5 Mk. in Kraft getreten. Daß diese Erhöhung nicht zu umgehen war, beweist allein schon die Tatsache, daß in Dresden die Mehrausgaben für die neuen Lohn- und Gehaltsätze der Straßenbahnangehörigen rund 70 Millionen Mark betragen. Wenn das Sinken der Mark in dem riesigen Tempo weiter geht, wie in den letzten Wochen, wird es schließlich überhaupt kaum mehr möglich sein, einen Tarif auch nur auf einige Wochen durchzuhalten. Die Straßenbahnverwaltung wird sich vielleicht dazu veranlaßt sehen, die Fahrpreise „kreiblühend“ schweben, wie dies im Handel und Verkehr sonst schon allgemein üblich ist.

— Bevorstehender Besuch des Reichspräsidenten in Dresden. Die „Sächs. Staatsztg.“ meldet: Durch einen Teil der Presse ist die Nachricht, daß der Herr Reichspräsident in diesen Tagen Dresden besucht habe oder besuchen wolle. An dieser Meldung ist kein wahres Wort. Der Besuch des Herrn Reichspräsidenten ist für eine spätere Zeit geplant.

— Preise für Zwieback. In Abänderung der Bekanntmachung vom 14. August 1922 wird für das Gebiet des Gemeindefreiwaldes Dresden und Umgebung bestimmt, daß für 60 Gramm Zwieback höchstens 2,70 Mk. gefordert werden dürfen.

— Tarifabschluß im Dresdner Einzelhandel. Vom Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband wird mitgeteilt, daß am Mittwochabend für die Einzelstellen des Dresdner Einzelhandels seitens der drei Spitzen-Organisationen und dem Arbeitgeber-Verband des Einzelhandels Gehaltsätze für den Monat August abgeschlossen worden sind. Tarifverträge sind ab Freitag mittag in den Geschäftsstellen des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Extra-Allee 2b, und des Verbandes der weiblichen Handels- und Bureau-Angestellten, Marienstr. 22, zu haben.

— Der 14. ordentliche Bundeskongress der Deutschen Reichswehrs- und Volksempfindungsteil (Sitz Berlin) findet vom 17. bis 20. August in Dresden statt. Einem Empfangsabend heute, Donnerstag, im Stadionschloßhofen folgt morgen die ordentliche Generalsammlung der freiwilligen Helfer, sowie die Bundesversammlung im Reichshäuser Bahnhof. Sonnabend vormittag ist eine Besichtigung der Orientalischen Tabak- und Zigarettenfabrik „Nubia“ (Ans. Hugo Bieh) geplant, während sich die Teilnehmer am Nachmittag zu einem Festsongert in der Großen Wirtschaft zusammenfinden. Mit einem Ausfluge mit Musik-Sonderdampfer in die Sächs. Schweiz (Weichen-Mathen) mit anschließender Wanderung am Sonntag, früh 7 Uhr, schließt die Tagung. Rückfahrt 8 Uhr ab Mathen. Gäste sind willkommen. Dampfkarren (60 Mk. Hin- und Rückfahrt) sind bis Sonnabend nachmittag 4 Uhr zu haben bei Herrn. Hülle, Schützenallee, Ecke Moritzstraße, und L. Wolf, Wallstraße 1, Ecke Popplatz.

— Die Teufels-Diele auf dem Weichen Birkh veranfaßte am Dienstag ein italienisches Blumenschiff, das trotz des ungünstigen Wetters seinen programmgemäßen Verlauf nahm. Freilich machte sich am Nachmittag im Garten, der mit Farnen, Kampanien und herrlichen Blumen außerordentlich geschmackvoll geschmückt war, das Fehlen der Sonne recht bemerkbar. Dafür verstanden es aber wieder die Tanzspiele zierlicher Mädchen, das regnerische Bild freundlich zu beleben. Das Fest wurde eingeleitet von einem Konzert der Kapelle des Obermusikmeisters und Stadtkomponisten H. Stodt, dann eröffneten einige reizende Mädchen des Ballets „Fris“ mit einem Weberschen Walzer die Reihe der Tanzdarbietungen, die Tänzerin Jutta Jona, die sich „American-Girl“ nennt, ist in mehr erotischen Bahnen. Gertrude Grünberg, die zunächst die „Metrade“ von Loring tanzte, aber gebürtige die Palme unter den Tänzerinnen der Teufels-Diele. Der Tänzer Drei hat gefiel sich vor allem auf dem Gebiete der Groteske und trug dabei seltsame Kostüme zur Schau. Radir Tofski, der Mailänder Tenor, sang italienische Operarien und erwarb sich damit, wie gewöhnlich, den verdienten lebhaften Beifall. Nach weiteren Darbietungen der Tänzerinnen und der Stodt, sowie der Hauskapelle nahm das Fest abends im Saale seinen Fortgang, wobei in der Hauptsache das diesmonatliche Programm zur Ausführung gelangte. Außer den schon im Garten gesehenen Kräften lernte man hier noch den Schriftsteller Karl Satir, der auch als Ansojer tätig ist, mit eigenen ersten und besten Dichtungen kennen. Else Boné aus Berlin gab mit Viren aus Puccini-Opern Proben von ihrer auf hoher Stufe stehenden Gesangskunst, besonders reizvoll waren dann die Duette, die sie zusammen mit Radir Tofski sang. Den Höhepunkt des Abends aber brachte erst Frieda Langendorff von der Berliner Staatsoper, deren köstliche Mitstimme sich die Herzen der Zuhörer sofort eroberte. Die Beifallsdemonstrationen für diesen wirklich einartigen Kunst-

aus Oesterreich und aus England. Die Expedition soll Ende August in Nowy Port an der Ost-Änderung eintraffen und wird Anfang Oktober mit sibirischen Exportwaren zurückzuerwartet.

† Der Jensor gegen den toten Concourt. Um die Veröffentlichung der Tagebücher der Brüder Concourt, in denen hauptsächlich der überlebende Edmond viele Jahre hindurch täglich seine Meinungen über Menschen und Dinge aufgeschrieben hat, ist seit einer Zeit ein heftiger Streit entbrannt. Edmond hat die Herausgabe dieser intimen Aufzeichnungen nach einer bestimmten Zeit, die jetzt abgelaufen ist, gewünscht. Aber dagegen wurden von verschiedenen Seiten Bedenken erhoben, weil sich eine Menge Geschichten und Mitteilungen über berühmte Persönlichkeiten darin befinden, die dieselben in einem höchst unangünstigen Licht erscheinen lassen. Die französische Regierung hat schließlich einen Jensor bestellt, der über den toten Concourt zu Bericht legen sollte, und dieser, Henri Coard, hat nunmehr, nachdem er 18 Monate zur Bewältigung der umfangreichen Manuskripte gebraucht, seinen Bericht erstattet. Danach ist es unumstößlich, daß Tagebuch ohne bedeutende Auslassungen zu veröffentlichen; vieles darin wird von Coard, abgesehen von seiner Unaufrichtigkeit und Schalkheit, als böswillige Erfindung bezeichnet. Das Tagebuch wird also entgegen dem ausdrücklichen Willen seines Verfassers wiederum verweigert werden und in die Schweizerische der französischen Nationalbibliothek zurückkehren.

Aus Lord Northcliffes Anfängen.

Zum Tode des englischen Zeitungsfürsten. Es ist ein trauriges Zeichen der Entartung des einst so stolzen öffentlichen Lebens Englands, daß ein Mensch ohne eigentliche Bildung, ohne Ideen, von erschreckender Gewissenlosigkeit, dessen einzige Bedeutung in seinem starken Willen zur Macht liegt, sich zum Diktator englischer Volktaufschwüngen hat. So schrieb schon vor Jahren der verstorbene Karl Friedrich Veitmann, ein genauer Kenner Englands und der englischen Verhältnisse, über den unheilvollen Einfluß, den ein Vierteljahrhundert hindurch Lord Northcliff in England ausgeübt hat. Und die „Daily News“ schreiben schon zu Beginn des Krieges von ihm, daß in dem gewaltigen Kampf, den die britische Nation je gesehen hat, Dinge, die Leben und Tod betreffen, zum Spiel eines sensationellen Journalisten geworden sind.

Diese Urteile berufenen Federn über den Mann, der Jahrzehnte hindurch wie ein Diktator die öffentliche Meinung im britischen Reich beherrschte, sind nicht zu hart. Nie zuvor in der Geschichte der Weltpresse hat ein Einzelner

Beamtenum — Staatsfreie und Gewissensfreiheit.

Von Landgerichtsdirektor Dr. J. A. u. d. Chemnitz.

Die aufrichtige Einstellung des deutschen Beamten, insbesondere auch des Richters auf den neuen Staat, ist ohne Zweifel für unseren Wiederaufbau hochbedeutend. Sie kann nur unter Wahrung der verfassungsmäßigen Gewissensfreiheit und Freiheit der Meinungsäußerung erreicht werden.

Ueber diesen Gegenstand schrieb ich Anfang des Jahres einen Aufsatz für die deutsche Richterzeitung: „Frühere Monarchie, jetzige Republik — und der deutsche Richter“, der aber erst im Juni erschien. Unmittelbaren Anstoß gab die Tatsache, daß neben dem alten, unpolitischen Richterbund ein neuer ausdrücklich „republikanischer“ entstand, welcher nach meiner Kenntnis zunächst wohl mehr in Preußen, in Sachsen dagegen nur vereinzelt Anklang fand. In der Neugründung haben viele Richter eine öffentliche Kundgebung etwa in dem Sinne: „Wir allein sind dem neuen Staate treu“ und damit den Vorwurf: „Ihr andern seid ihm nicht zuverlässig“, ein Vorwurf, der die Redlichkeit unfrei Treuepflicht auf die Reichsverfassung schließlich anzuweisen. Mein Aufsatz beschäftigte sich aber nur in wenigen Worten mit dem neuen Richterbund, sein Sinn und Hauptinhalt sind zwei ernste Mahnungen, einmal an die gefühlsmäßig noch am Alten hängenden: hoch Vergangenes vergangen sein zu lassen und vorbehaltslos am Neuen mitzuarbeiten, und andererseits an die, denen die Umstellung leichter fällt und die das Republikanismus nun gewissermaßen im eigenen Wappen führen: nicht im Gewissenszwang gegen die Andern und der Forderung ihrer Zurücksetzung die Stärke zu suchen, sondern nur daran zu wirken, daß es wieder besser werde für Volk und Land, damit schließlich alle Deutschen mit dem Neuen sich ausöhnen könnten.

Gegen meinen Aufsatz schrieb ein Berliner Richter und die „Sächsische Staatszeitung“ bringt am 30. Juli an hervorragender Stelle seine Gegenschrift, auch soweit sie schwere Vorwürfe gegen mich mit Namensnennung enthält. Da sie bringt zuerst von sich aus noch zusammenhängendes einige Sätze meiner Schrift und behauptet, nun sei bestritten, wie wenig ich über die Empfindungen „mit fernstehenden Volksschichten“, die ich doch täglich verstehen und beurteilen sollte, unterrichtet sei. Der Verfasser dessen, was die Staatszeitung infomiert eignes bringt, nennt sich nicht. Gerade diese Gedanken in meinem Aufsatz sind mir oft von schlichtesten Leuten ausgedrückt worden. Sie klingen aber in ihm nur aus in die Mahnung an die Altgläubigen: Es ist für das Alte Opfer genug gebracht, nun laßt dem Neuen sein Recht. Der Vorwurf der Volkshörigkeit für „ihm fernstehende Schichten“ trifft einen aus bescheiden werdtätigen Vaterhaus stammenden, mit allen Ständen durch lange Jahrzehnte in Amt und Nebenamt, im Feld und daheim endlich zusammengewachsenen Richter nicht. Er trifft ihn wohl weniger als manchen Intellektuellen, der ganz links steht. Die Parteizugehörigkeit tut wirklich nicht allein!

Nun zu dem Berliner Artikel. Bedinglich aus dem Empfinden heraus, die Neugründung eines republikanischen Richterbundes sei für andere Richter ein auch die Öffentlichkeit interessierender, vielleicht beunruhigender Vorwurf, schrieb ich, die neue Vereinnahmung bringe sich — das sei wenigstens der objektive Erfolg — beim neuen Staat in empfehlende Erinnerung. Ich glaube durch den Zwischenfall gewissermaßen zu zeigen, daß bewußtes Unrecht damit niemandem nachgesagt werden sollte. Bleibt aber wirklich in meinem Meinen noch ein kränkelndes Moment übrig, so behaupte ich das. Mein ganzer Artikel zeigt, daß ich christlichem republikanischen Empfinden Rechnung trage, Revolution und Republik als gewalttätige Geschichtstatistiken zu wahren verstehe. Ich bin auch überzeugt, daß keiner der Amtsgenossen, welche mich kennen, mit Neigung zum Schwärzen Anderdenkender vorerfenn kann. Der Berliner Herr aber nennt meine Worte „Wittheit“ und „Schwärmerei“. Nun, Berlinertum ist ja manchmal härter in aggressivem Wesen, als in Sachlichkeit. Doch hatte ich bisher geglaubt, ein Richter gerade könne auch in eigener Sache ein wenig mehr Objektivität bewahren. Aber auch der ganze sonstige Artikel von drüben ist eigentlich ein einseitiger großer Steinwurf gegen das bisherige deutsche Richterum. Fälle, welche nur nach eingehender Kenntnis richtig gewürdigt werden könnten, dann vielleicht scharf verurteilt werden müßten, werden mit wenigen Worten herausgehoben als Beweise schlimmer „Massenjustiz“. Dazu nur soviel: Hunderte von Urteilen ergeben tagtäglich, tausenden Volksgenossen wird ihr Recht, das heißt Recht in ihrem Sinne, gesprochen. Sie nehmen das als selbstverständlich und schweigend hin. Nur der Chor der anderen, der wenigen, die sich ins Unrecht gesetzt glauben, die aber nicht ablassen können, den Richter in eigener Sache zu spielen, nur dieser Chor schreit laut auf und findet Helfer allemal dann, wenn das öffentliche Schelten des Urteils in hochstehende politische Strömungen paßt und ihnen gelegen kommt. Wenn in einem großen Volke tausende täglich den Rechtsfrieden ihrer Mitmenschen brechen und die Strafsjustiz sich deshalb gegen sie kehren muß, wenn andere tausende täglich vor Gericht ungerechte Ansprüche an Geld und Gut gegen Volksgenossen erheben oder deren gerechte Forderungen bestritten, so kann es — auch abgesehen von den wirklichen Fehlurteilen — eine allgemeine Zufriedenheit des ganzen Volkes mit der Justiz niemals geben. Denn was dem einen dient, tut dem andern weh. Aber mein Gegner weiß es anders, er weiß, daß die Ursache der Mißstimmung nur die reaktionäre Gesinnung im bisherigen Richterum ist. Nur wir wirklich republikanischen Richter „verteidigen den neuen Staat gegen eine Politik der Fronde aus den Reihen der eigenen Berufsgenossen“. Nur wir sind die „vom Wesen der neuen Zeit innerlich erfahrene Richter“. Noch sind „fast die gesamten leitenden Justizstellen mit Gegnern der Republik besetzt“, noch immer besteht eine „geschlossene Balance der Reaktion“ im Richterum. „Die verfassungsmäßige Abfindung des Richterums mit den neuen Tatsachen im Staate ist, auch wenn sie Gemeinart der deutschen Richterschaft würde, unzulänglich, um das irrationalen Gefühl des Vertrauens zwischen Volksgenossen und Rechtspflegeorganen wieder herzustellen.“

So mein Gegner. Hieran scheint mir recht viel „irrational“ zu sein. Kann wirklich ein unparteiisches Urteil über die deutsche Rechtspflege so lauten? Ist dieses Urteil nicht einfach vom Geiste der Parteipolitik eingegeben? Vom deutschen Richter, er ließe politisch so radikal rechts oder radikal links wie er wolle, verlange ich mehr als die Einseitigkeit eines Parteiblattartikels! Ganz gewiß gibt es auch im Richterstand verkümmerte und im Alten erkrankte Gemüter. Zu ihnen habe auch ich gesprochen, in meinem

Aufsatz ihnen bittere Dinge gesagt. Aber sind sie, sind ihre Anschauungen wirklich die große Gefahr von heute? Geben sie unserer heutigen Rechtspflege noch ihr charakteristisches Aussehen? Reineswegs! Für jedes Urteil, was mit meines Gegners Worten „bratonisch gegen links, platonisch gegen rechts“ ist, kann man eins oder mehrere finden, die nach dem umgebildeten Rechtsempfinden jedes redlichen Volksgenossen gerade den umgekehrten Eindruck machen, sei es, daß die Richter — nach den vorerwähnten Akten brutalster Nachsucht für vorsichtige Gemüter nicht ganz grundlos — gewissen Bevölkerungsschichten gegenüber schon ungütlich geworden sind, sei es, daß das Ueberhandnehmen gewisser Elemente im ganzen Volke das Gefühl ihrer Gemeingefährlichkeit schon abgestumpft hat. Aber noch ein anderes Moment bewahrt die Rechtsauslegung und Rechtsprechung schon erheblich vor zu „reaktionärem“ Geiste. Beide werden nämlich bewußt und unbewußt von denjenigen Strömungen, denen die Gesetzgebung folgt, schon im voraus stark beeinflusst. Und wie ist's mit letzterer? Seit bald vier Jahren folgt eine Annäherung auf die andere und wird als selbstverständlich von denen, die das Recht immer wieder zu brechen entschlossen sind, hingenommen und für die Zukunft schon verlangt und vorausgesetzt. Der denkbare Begriff „politisches Vergehen“ wird am liebsten ausgedehnt auch auf alle schwereren Untaten, die zwar nie von vernünftigen Politikern selbst, aber um so öfter vom Anhang gewisser Führer im Anschluß an Straßendemonstrationen und ähnliches begangen werden. Die Täter sind unsoziale Elemente, die, wo sie selbst wirklich zu kurzer Herrschaft kommen, über einander herfallen. Ich habe auch für diese unsere Volksgenossen volles Mitleid und Verständnis, weiß, daß die letzten Ursachen ihres unsozialen Denkens und Fühlens oft nicht in persönlicher Schuld, sondern in Vererbung, Erziehung, Kriegs- und Revolutionsnot aller Art liegen, weiß auch, daß die Besserung sozialer Zustände weit mehr tun muß als etwa hohe Gesetzesstrenge und Richterhärte. Aber kapitulieren können Recht und Gesetz vor ihnen nicht! Der Schutz aller Volksgenossen vor den unsozialen Elementen ist eiserne Notwendigkeit, soll nicht alles zusammenbrechen, und jeder nur aufs Frankrecht angewiesen sein. Auf ihre Wünsche, auf ihr Begehren können wir die Rechtspflege nicht einstellen. Und ist nicht die Gefahr da, daß dies geschieht? Auch in die störende Rechtsprechung hinein spielt schon die da eine oft zu weitgehende Rücksichtnahme auf das widerständige Element, so daß A. B. der von einem ganz raffinierten Gauner Betrogene, Beschlossene sich oft geradezu fürchten muß, seinen Anspruch zu verfolgen. Beispiele sind genug zur Hand. Jedenfalls liegt für den, der allen Volksgenossen rechtlich dienen will, Grund genug vor, wachsam zu sein gegen alle Gefahren.

Will der „republikanische Richterbund“ die „reaktionäre“ besonders im Auge haben, nun gut, er braucht darum nicht seine Daseinsberechtigung mit der Behauptung zu begründen, daß das außerhalb seiner Reihen stehende Richterum für den neuen deutschen Staat verständnislos oder unzuverlässig sei. Diese Behauptung ist falsch und ich vermahne mich gegen sie.

Das Urteil darüber, was unserem republikanischen Staat und unserem ganzen Volke besser dient, was seinem Beamten- und Richterum höher stehen muß; die sachliche und ruhige Abwägung und Verhütung aller Gefahren von rechts und links, oder die Einklemmung lediglich auf linksradikale Gesichtspunkte — dies Urteil überlasse ich ruhig der Öffentlichkeit.

Bermischtes.

Deutsche Kertze in Petersburg.

Das Deutsche Rote Kreuz hat mit der russischen Regierung einen Vertrag abgeschlossen, nach welchem das ehemalige deutsche Alexander-Hospital in Petersburg, das unter allen ähnlichen Instituten im Auslande sich aus hervorragender Stelle stand, dem Deutschen Rote Kreuz zur Verfügung gestellt wird. Im Alexander-Hospital werden eine Station für epidemische Krankheiten und eine Poliklinik für Haut- und Geschlechtskrankheiten eingerichtet. Die weit überwiegende Mehrzahl der Betten soll unentgeltlich für ankommende Kranke zur Verfügung stehen, eine kleinere Anzahl für private Kranke. Neben ihrem eigentlichen Beruf, die hochentwickelte deutsche Wissenschaft, nach der in Russland ein von jahreslangem Vertrauen getragenes Verlangen besteht, an Ort und Stelle an dem jetzt besonders erwirkten Kampf gegen die Seuchengefahren mitwirken zu lassen, wird diese Station ein wichtiges Institut der Erforschung sein und endlich auch die für Deutschland unmittelbar wichtige Aufgabe erfüllen, die Gefahr der Einschleppung epidemischer Krankheiten zu verringern. Als Leiter des Alexander-Hospitals gelang es, Herrn Professor Dr. med. et phil. Carl Seufarth und Herrn Dr. med. et phil. Dehse, der die Direktion der dermatologischen Poliklinik übernimmt, zu gewinnen, die am 12. August von Steinitz aus nach Petersburg abreisen. Herr Professor Seufarth hat während des Krieges in Bulgarien ein großes Seuchenlazarett geleitet und geleitet, Herr Dr. Dehse im Orient längere Zeit psychiatrische Studien betrieben. Beide Herren — durch zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten bekannt — sind Dozenten an der Universität Leipzig. Ihr Ruf in ärztlichen Kreisen bürgt dafür, daß mit Uebernahme der Leitung des Alexander-Hospitals die enge Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der russischen ärztlichen Wissenschaft in beträchtlicher, beiden Teilen fruchtbringender Weise gefördert wird.

Die Entgleisung des Berlin-Münchener D-Zuges. Zu dem Eisenbahnunglück in Spandau verläuft ein zuständiger Stelle folgendes: Der D-Zug 22 Berlin-Münch., der um 11 Uhr 9 Min. vormittags von Bahnhof Friedrichstraße abfährt, erreichte die Unfallstelle drei Minuten vor der fahplanmäßigen Zeit. Die Arbeiter, die dort an den Gleisen vorgenommen werden, mußten daher unvorhergesehen unterbrochen werden und infolgedessen blieb eine Last unbesetzt, als die Arbeiter, um nicht überfahren zu werden, panikartig von der Stelle flüchteten. Trotzdem der Lokomotivführer sehr scharf bremste, wurden doch die Schienen anseinerandergelagert. Während die Lokomotive noch darüber hinwegkam, gerieten der Personwagen und der Speisewagen sowie die folgenden Personwagen ins Schlingern und stürzten um.

Ein schweres Banunghat hat sich am Mittwoch vormittag auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin zugetragen. In der großen Bahnhofshalle wird gegenwärtig an der Instandsetzung des Daches gearbeitet. Ein Gerüst, das an der Eisenkonstruktion des Daches angebracht ist, stürzte nun aus einer Höhe von 3 Metern mit elf auf ihm befindlichen Arbeitern herab auf den Bahnsteig. Einige der Arbeiter fielen auf einen zum Einsteigen bereitstehenden Personenzug. Unter dem Publikum entstand eine furchtbare Panik. Fünf der verunglückten Arbeiter waren sofort tot. Sechs wurden mit lebensgefährlichen Verletzungen dem Krankenhause zugeführt. Die Ursache der Katastrophe

ist noch unaufgeklärt. — Berliner Blätter melden noch: Wenige Minuten vor 11 Uhr vormittags, als die Sperren noch geschlossen waren, hatte schon ein zahlreiches Reisepublikum in der Bahnhofshalle sich eingefunden, um in die bereitstehenden Züge einzusteigen. Auf dem Mittelgleis stand der Personenzug nach Wittenberg. Ueber diesem Zuge arbeiteten in etwa 35 Meter Höhe 20 Arbeiter auf einem Holzgerüst stehend an der Ausbesserung des Daches. Ploß gab es ein Brechen und Krachen und aus der Höhe stürzten Balken, Bretter und Menschen. Das herunterbrechende Gerüst fiel auf die leeren Personenzüge und durchschlug die Dächer. Die herabstürzenden Arbeiter fielen vor den Augen einer entsetzten Menschenmenge auf den Steinboden der Bahnsteige. Einen Augenblick lang herrschte Schweigen. Dann erscholl Schreien und Hilferufe. Die Bahnbeamten, die zuerst die Bestimmung wiederfinden, sprangen herbei und versuchten zu helfen. Ein zufällig auf dem Bahnhof anwesender Arzt leistete dabei die erste Unterstützung. Passanten alarmierten sofort die Feuerwehr, die in wenigen Minuten erschien, die Unfallstelle absperre und die Bergung der verunglückten Arbeiter vornahm. Bei fünf von den Abgestürzten konnte nur noch der Tod festgestellt werden. Sechs andere Verletzte hatten Knochenbrüche, Schädelbrüche und innere Verletzungen. Sie wurden davongetragen und in großer Hast verpackt in einem Zustande sofort in die nächsten Krankenhäuser transportiert. Bei dem Transport verstarben aber noch vier der Schwerverletzten. Nach den bisherigen Feststellungen ist das Unglück entstanden durch den Bruch eines großen S-Daches, der das Gerüst an der Stuppel hielt. Als der Daken, der wahrscheinlich einen Gussfehler hatte, nachgab, fielen an der Unfallstelle 20 Arbeiter auf dem Gerüst. Während sich neun von ihnen rechtzeitig auf den nächsten Gerüstpodest retten konnten, stürzten elf in die Tiefe.

Blutige Irrenklingen. In Lettern bei Weimar ereignete sich eine furchtbare Mordtat. Der Maurer Marquardt, ein Kriegsteilnehmer, der schwer verwundet worden war, ermordete in einem Anfall von Irrenmord zunächst seine beiden Kinder im Alter von 6 und 10 Jahren, ferner auf der Dorfstraße einen Bauern namens Sibold und verletzte den Lehrer Schmidt durch einen Schuß. Der Irrenklinge erlag sich dann in seinem Hause.

Der Wettersturm. Der Mittelmeerraum mit heftigen Stürmen und Gewitter heimlich, hat in München die Temperatur von 20 Grad Maximum auf 10 Grad gesenkt. Verdesgoden hat nur 9 Grad, Tegernsee 8 Grad, Garmisch 7 Grad, Mittenwald 6 Grad Wärme. Die Zugspitze hatte 5 Grad Kälte. In den oberen Gebirgsregionen lag Schneeeis.

Neue Opfer der Berge? Der Assistent der Innsbrucker Augenklinik Dr. Dertmann und ein Herr Schmied aus Würzburg, die eine Tour ins Wettersteingebirge unternommen haben, werden vermisst.

Ein schweres Autounfall. Am Dienstag abend geriet in München ein mit zahlreichen Personen besetzter Kraftwagen durch Gleiten auf der durch den Regen schlüpfrig gewordenen Straße in eine Kiesgrube, in welcher er sich überstülpte. Von den unter dem Wagen liegenden Personen wurden drei tot gedrückt, zwei schwer und mehrere andere leicht verletzt. Das Auto kam von einer Kriegerdenkmalsentheilung und war nach seinem Bestimmungsorte Neufahrn unterwegs.

Stellung eines Sibirerpostales für den Telegraphisten-Beitrag. Der Reichspräsident hat anlässlich des vom 17. bis 21. August in Berlin stattfindenden Internationalen Telegraphisten-Beitrages einen Silberpokal als Meisterchaftspreis gestiftet und den Vorsitz des Ehrenauschusses übernommen.

Handel mit russischen Juwelen. Die in belgischen Zollbüros in Arden gemachte Entdeckung, daß die russischen Kronjuwelen der Zarfamilie jetzt ansehnlich nach dem Auslande angeboten werden, wird von belgischen Diamantenhändlern bestätigt. Diese waren vor einigen Tagen in London und erfuhr von dortigen Diamantenhändlern, daß sich zurzeit für über 30 Millionen Pfund russische Juwelen in den westeuropäischen Ländern befinden, wo sie für einige Tage durch Agenten der Sowjetregierung oder ausländische Käufer selbst eingeführt wurden. Ob sich darunter schon die Juwelen aus russischen Kirchen befinden, war bisher nicht zu konstatieren, weil die Verkäufer mit den Wertstücken nicht am öffentlichen Markt erschienen, sondern unter der Hand ihre Liebhaber suchen und auch finden. Trotzdem ist der Diamantehandel in den westlichen Ländern an dem Verkauf mit beteiligt, insofern nicht die Sowjetregierung, sondern Zwischenpersonen als Verkäufer auftreten.

Die Sperantofonkreuz in Ostpreußen wurde beendet. Die Einladung, die nächste Konferenz in Nürnberg abzuhalten, wurde mit lebhaftem Beifall angenommen. **Wladimir in Gorki.** Die „Menschen“ meldet, ist in Gorki ein Fall von Wladimir vorgenommen, der tödlich verlaufen ist. Woher die Anklage kommt, ist unbekannt.

Die Frauenleiche in der Marmorhülle. In Gra wurde der Holzhändler Bruno Steiner verhaftet, der zu Oden die geschiedene Mittelmehrgattin Elsa Joseph Woldemir ermordet und beraubt hatte. Steiner hatte damals, um die Spuren seines Verbrechens zu verdecken, eine Marmorhülle angefertigt und die Leiche der ermordeten Mittelmehrgattin in die Hülle hineingelegt, sobald die Defnung durch eine 15 cm dicke Gipsplatte geschlossen. Steiner hatte der Mittelmehrgattin seinerzeit einen Schmuck geraubt, der von ihm für 5 Millionen Kronen verkauft wurde.

Bombenattentat auf einen Eisenbahnzug. In Bacoufeld im Saate New Jersey wurden auf einen Eisenbahnzug Bomben geworfen. Die Fenster dreier Wagen wurden zertrümmert. Etwa 12 Reisende wurden verletzt.

Das Heiratsgeschick für die Lebenshüterin. Aus Mainz schreibt man: In einem nahen Städtchen hatte vor fünf Jahren ein lustiges, munteres und nicht häßliches Mädchen einen braven, aber etwas ledernen Burschen geheiratet. Vor fünf Jahren! Und jedes Jahr stellte sich mit militärischer Pünktlichkeit der Klapperstorch ein. Das Eheglück erfuhr aber trotz der vier Sprößlinge und der fünfjährigen Dauer plötzlich eine Trübung, denn eine leichtlebige Nachbarin, die bisher noch ohne Mann war, bandelte mit dem Ehemann an. Die junge Frau kam bald dahinter, und Belberheit versuchte dem Zusammenbruch des Eheglücks zu verhindern. Eines Tages konnte der Ehegatte im Lokalitäten folgende auffallende Anzeige lesen: „Ich bin 5 Jahre mit meinem Mann Heinrich St. (folgt voller Name) verheiratet, lebe in glücklicher Ehe und lasse mir von Elisabeth K. (folgt wieder Name) nicht mein Glück nehmen. Da sie andauernd meinen Mann belästigt, ihn zwingen will, sich von mir scheiden zu lassen, bitte ich einen beiratshüftigen Herrn, sich zu melden, anstelle meines Mannes, damit sie endlich unter die Haube kommt. Frau St. und vier Kinder.“ Man hat leider nicht erfahren, ob dieses Heiratsgeschick von Erfolg gewesen ist. Endlich ist sicher: Elisabeth K. ließ davon ab, den Ehemann weiter zu belästigen.“

917. 384
Gemeinsamer Nachdruck
© 1922
Seite 5

Stentel Trocken

Die Marke der reifsten Ablagerung!

